



LANDKREIS
ERDING

PROTOKOLL

öffentlich

Büro des Landrats
BL

Alois-Schieß-Platz 2
85435 Erding

Ansprechpartner/in:
Elfriede Mayer

Zi.Nr.: 209

Tel. 08122/58-1129
Fax 08122/58-1109
elfriede.mayer@ira-
ed.de

Erding, 14.12.2010
Az.:

15. Sitzung des Ausschusses für Struktur, Verkehr und Umwelt am 22.11.2010

Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:

Bendl, Roswitha

Biller, Josef

Dieckmann, Ulla

Els, Georg

ab 15.10 Uhr – i.V.v. Fischer Siegfried

Gruber, Michael

Grundner, Heinz

Hofstetter, Franz Josef

Oberhofer, Michael

i.V.v. Hagl Monika

Peis, Hans

ab 15.10 Uhr

Rübensaal, Siegfried

Seeger, Hannelore

Wiesmaier, Hans

sowie als Vorsitzender:

Landrat Martin Bayerstorfer

von der Verwaltung:

Huber Matthias

Fischer Heinz

Mordek Stephanie (zu TOP 1 und 2)

Kaspar Waldemar (zu TOP 1 und 2)

Helfer Helmut

Hopfensperger Max

Mayer, Elfriede (Protokoll)
Centner, Christina



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 15:05 Uhr. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde und Beschlussfähigkeit besteht. Ergänzung- oder Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Somit gilt folgende

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Abfallwirtschaft
Bau des Recyclinghofes Steinkirchen
Vorlage: 2010/0784
2. Abfallwirtschaft
Möglichkeiten einer Härtefallregelung für die Hausmüllgebühren ab dem Jahr 2011
Vorlage: 2010/0786
3. Haushaltsberatung 2011
Bereich Verkehr (Kreisstraßen), ÖPNV, Wirtschaftsförderung, Landschaftspflege und Entsorgungswirtschaft (Abfallbeseitigung)
Vorlage: 2010/0789
4. Liegenschaften des Landkreises
Antrag von KR Jobst: Landkreis Erding als 100 % EE-Region
Vorlage: 2010/0779
5. Bekanntgaben und Anfragen
 - 5.1 Reparaturführer
 - 5.2 Nahverkehrsplan
 - 5.3 Busparkplatz Keltenhof



**1. Abfallwirtschaft
Bau des Recyclinghofes Steinkirchen
Vorlage: 2010/0784**

Der Vorsitzende verweist auf die versandte Vorlage.

Herr Kaspar erklärt, das Grundstück, auf dem sich derzeit der Recyclinghof befindet müsse geräumt werden, weil es die Raiffeisen-Volksbank in absehbarer Zeit bebauen möchte. Mittlerweile seien zusammen mit der Gemeinde Steinkirchen einige geeignete Grundstücke besichtigt worden, die sich jedoch als nicht praktikabel erwiesen haben. Der Recyclinghof solle nun am östlichen Rand von Steinkirchen, direkt an der Kreisstraße ED 28 errichtet werden.

Kreisrätin Bendl fragt, ob es kein Problem sei, weil kein Wasser- und Abwasseranschluss vorhanden sei. Sie fragt, wie die Situation an anderen Recyclinghöfen sei.

Herr Kaspar antwortet, es gibt sieben Standorte, Bockhorn, Buch a. Buchrain, Forstern, etc. die auch keinen Wasser- und Abwasseranschluss haben. Das sei kein Problem. Der Recyclinghof werde zweimal pro Woche für zwei, drei Stunden geöffnet sein. Als Toilette werde ein sog. Tip-Top-Häuschen aufgestellt. Der Kostenunterschied sei erheblich. Ein Wasser-, Abwasseranschluss würde über 46.000 € kosten.

Kreisrat Rübensaal erscheint die Kostenschätzung von 100.000 € etwas hoch, nachdem für den Wasser- und Abwasseranschluss keine Kosten anfallen.

Der Vorsitzende denkt, der Kostenansatz sei gerechtfertigt. Er weist darauf hin, auch wenn die Kosten niedriger eingeplant würden, hätte das keinerlei Auswirkung auf die Kreisumlage. Diese Einrichtungen seien im Gebührenhaushalt der Abfallwirtschaft eingerechnet.

Herr Kaspar ergänzt, die Kosten seien etwas sicher gerechnet, denn momentan können bei Ausschreibungen aufgrund der Konjunktursituation kleinere Leistungen kaum vergeben werden.

Der Vorsitzende fragt, nachdem sich in der unmittelbaren Umgebung ein Lebensmittelverarbeitungsbetrieb befindet, ob geprüft worden sei, dass der Betrieb durch den Standort keine Beeinträchtigung habe.

Herr Kaspar erklärt, der Standort sei von der Gemeinde Steinkirchen vorgeschlagen worden. Alle anderen Standorte waren nicht geeignet. Die Bedenken beziehen sich auf die Grüngutcontainer mit rein pflanzlichen Abfällen. In 29 Recyclinghöfen gebe es keinen einzigen Fall von Ungeziefer (Rattenbefall, etc.), der auf die Grüngutcontainer zurückzuführen sei. Auch bei den Dosencontainern gebe es keine Beschwerden. Zudem werde ein Sicherheitsabstand eingehalten. Er habe auch vom Sachgebiet 34, Öffentliche Sicherheit und Ordnung und Verbraucherschutz eine Stellung-



nahme eingeholt. Es bestehen bei einem Abstand von 20 m keine Befürchtungen. Der Abstand der Grüngutcontainer zum Betrieb beträgt ca. 35 m.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben bringt **der Vorsitzende** folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

StrVU/0055-14

Die Verwaltung wird ermächtigt, die Planung, Ausschreibung und Vergabe des Recyclinghofes Steinkirchen durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen.**

2. Abfallwirtschaft
Möglichkeiten einer Härtefallregelung für die Hausmüllgebühren ab dem Jahr 2011
Vorlage: 2010/0786

Der Vorsitzende erinnert, in der Kreistagssitzung am 18.10.2010 sei angefragt worden, ob bei den neukalkulierten Abfallgebühren für kinderreiche Familien eine finanzielle Unterstützung möglich sei. Es seien verschiedene Möglichkeiten geprüft worden. Er denkt, nicht die Anzahl der Familienmitglieder sei entscheidend, sondern die Bedürftigkeit.

Frau Mordek erklärt, finanzielle Unterstützungen seien aufgrund der bestehenden Vorschriften in der Abfallwirtschaftssatzung nicht möglich. Gemäß Art. 8 Abs. 4 KAG können bei der Gebührenbemessung sonstige Merkmale zusätzlich berücksichtigt werden, wenn öffentliche Belange dies rechtfertigen. Deshalb seien Gebührenerlässe in der Abfallwirtschaft nicht möglich. Es könnten eventuelle Stundungsanträge gewährt und Ratenzahlungen vereinbart werden. Eine Grundlage für die Berechnung könne nur das Einkommen sein, allein an der Personenzahl werde die Bedürftigkeit nicht gemessen werden können.

Sie merkt weiter an, für bedürftige Familien werde im Rahmen des ALG II bzw. der Sozialhilfe ein Ausgleich gezahlt. Die Müllgebühren stellen einen Teil der Unterkunftskosten dar und werden übernommen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, die Abfallentsorgung sei in jedem Landkreis anders organisiert. Zum Beispiel habe der Landkreis Freising als kleinste Einheit die 120 l-Tonne, sie kostet 11,85 €. Im Landkreis Erding kostet die kleine Tonne mit 60 l, einschließlich Biotonne und den zusätzlichen Leistungen an den Recyclinghöfen, Holzhäcksler, etc. 11,30 €. Im Landkreis Landshut kostet die 80 l-Tonne als kleinste Einheit 15,70 €, usw.

Er stellt fest, bezüglich der Kosten habe der Landkreis Erding im Vergleich mit den umliegenden Landkreisen immer noch günstige Abfallgebühren, auch wenn für die 1 – 2 Personenhaushalte die neuen Abfallgebühren eine deutliche Steigerung bedeuten.



Kreisrätin Dieckmann bedankt sich für die ausführliche Beantwortung ihrer Anfrage. Sie habe bei ihrer Anfrage bezüglich der Großhaushalte nicht die Haushalte gemeint, in denen die Großeltern, etc. dabei sind, sondern kinderreiche Familien.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht.

3. Haushaltsberatung 2011
Bereich Verkehr (Kreisstraßen), ÖPNV, Wirtschaftsförderung,
Landschaftspflege und Entsorgungswirtschaft (Abfallbeseitigung)
Vorlage: 2010/0789

Der Vorsitzende berichtet über die inzwischen fortgeschriebenen Eckdaten zum Haushaltsentwurf 2011, Bereich Verkehr (Kreisstraßen), ÖPNV, Wirtschaftsförderung, Landschaftspflege und Entsorgungswirtschaft (Abfallbeseitigung):

„Das Haushaltsvolumen Verwaltungshaushalt beträgt 105.989.000 €, das Haushaltsvolumen des Vermögenshaushalts 12.360.000 € (Einsparung von 1.871.000 € gegenüber der letzten Woche).

Die vom Statistischen Landesamt veröffentlichte vorläufige Umlagekraft beträgt 106.555.363 €. Eine Verringerung gegenüber dem Vorjahr um 9,81 %.

Die Einnahmen aus der Kreisumlage verringern sich bei gleichem Hebesatz wie 2010 (49,1 %) aufgrund der niedrigeren Umlagekraft um 5.690.484 €.

Gleichzeitig wird die Bezirksumlage um ungefähr 443.183 € erhöht. Um dieses Einnahmedefizit auszugleichen sei eine Erhöhung der Kreisumlage auf 54,44 % notwendig.

Trotzdem gehe der Landkreis von einer positiven Finanzausgleichssituation des Freistaats aus. In einer Besprechung beim Ministerpräsidenten sei mitgeteilt worden, dass der Doppelhaushalt des Freistaats insgesamt mit Einsparungen versehen sei, aber der Kommunalbereich sogar eine leichte Steigerung erfahren wird. Das sei positiv zu sehen.

Die Verwaltung rechnet deshalb mit einer Erhöhung der Schlüsselzuweisungen um 1.430.251 €.

Es sei bis auf die Mindestrücklage eine Rücklagenentnahme von 3.893.000 € geplant.

Für den Bereich Jugendhilfe gebe es eine Steigerung von 678.938 € mehr an Ausgaben.

Einsparungen gebe es bei SGB II Hartz IV aufgrund der Arbeitsmarktdaten mit 438.305 € und in der Sozialhilfe werde mit Einsparungen von 110.233 € gerechnet.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Mehrausgaben ergeben sich bei den Gastschulbeiträgen um 109.770 €, bei den Energiekosten um 119.900 € (weil mehr Gebäude bewirtschaftet werden), bei den Reinigungskosten um 120.510 €, beim Unterhalt betriebstechnischer Anlagen um 41.210 €, bei der Schulausstattung um 70.150 €, beim Regionalmarketing um 40.000 €, der Ganztagesesschule um 20.000 €, der Entwässerung um 49.600 € und bei der Ausbildung/Fortbildung um 93.970 €.

Minderausgaben ergeben sich beim ÖPNV mit 283.000 €, obwohl die Leistungen ausgeweitet worden sind. Jedoch nutzen deutlich mehr Bürger das Angebot im ÖPNV, wodurch sich ein erhöhter Zuschlagsanteil errechnet. Für Zinsausgaben für Kredite ergebe sich ein Minus von 69.600 €.

Im Vermögenshaushalt seien für die Sanierung Realschule Taufkirchen 265.526 €, den Umbau des Physikbereichs am Anne-Frank-Gymnasium 600.000 €, den Umbau Verwaltung am Korbinian-Aigner-Gymnasium 150.000 €, den Neubau FOS/BOS 3.308.738 €, die Planung der Erweiterung des Förderzentrum Erding 100.000 €, die Erweiterung des Förderzentrums Dorfen 871.000 € und die Straßenbaumaßnahmen 1.945.000 € eingeplant worden.

Der Schuldenstand habe im Landesdurchschnitt Ende 2009 je Einwohner 235,72 € betragen. Der Landkreis Erding hatte Ende 2009 eine Pro-Kopf-Verschuldung von 220,13 €.

Der Vorsitzende geht davon aus, dass der Haushalt 2011 nicht mit zusätzlichen Schulden finanziert werden müsse.“

Kreisrat Rübensaal denkt, das neue Ergebnis sei erfreulich. Er fragt, ob die Einnahmen bei den Zinsen in der allgemeinen Rücklage eingerechnet worden sind.

Herr Helfer sagt, 2010 sei eine Entnahme von rd. 2,6 Mio € vorgenommen worden, 2011 werde der Rest bis auf die Mindestrücklage entnommen. Entsprechend verringern sich auch die Zinsen. Nach Auskunft der Sparkasse Erding-Dorfen werden derzeit 0,25 % Zinsen gezahlt.

Der Vorsitzende ergänzt, deshalb sei es sinnvoll, bis auf die Mindestrücklage die Summe zu entnehmen und sie dem Haushalt 2011 zuzuführen. Trotzdem werde eine Erhöhung der Kreisumlage erforderlich.

Kreisrat Wiesmaier merkt an, im Ausschuss für Bauen und Energie sei intensiv diskutiert worden, dass der Haushalt 2011 von einem Rückgang der Umlagekraft von 9,8 % geprägt sei.

Der Rückgang bedeutet in Prozenten rd. 5,6 Mio € mehr Belastung für die Kommunen, ohne mehr investive Maßnahmen durchzuführen. Deshalb müsse die Beratung auch deutlich davon geprägt sein, dass den Gemeinden 2011 nicht mehr zugemutet werden könne, als der Ausgleich des Rückgangs der Umlagekraft. Alles andere sei in dem schwierigen Haushaltsjahr 2011 von den Gemeinden nicht mehr zu leisten.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Es sollte deshalb intensiv darüber diskutiert werden, welche Maßnahmen dringend notwendig sind und welche verschoben werden können.

Der Vorsitzende merkt an, es könnte der Eindruck entstehen, dass Maßnahmen radikal gestrichen worden sind. Er betont, es waren noch nie so viele Ausgaben im Bauunterhalt wie in diesem Haushaltsentwurf 2011, insbesondere bei den Schulen.

Er habe aufstellen lassen, was jeweils geplant und was tatsächlich für die Maßnahmen ausgegeben worden ist.

Der Vergleich zeigt, vor 10 Jahren sei der HH-Ansatz 1.048.000 € gewesen, tatsächlich seien 1.789.000 € ausgegeben worden. 2009 seien 1.902.000 € veranschlagt worden und 2.010.000 € ausgegeben worden. 2010 sei noch nicht abgerechnet.

Momentan seien für 2011 3,3 Mio € veranschlagt. Eine Aufstockung um rd. 1,4 Mio € mehr als 2009.

Kreisrat Wiesmaier ergänzt, das sei auch in der Rückschau der Leistung der Kommunen für den Landkreis zu sehen.

1980 – vor 30 Jahren - sei die Kreisumlage 8,8 Mio DM gewesen und 2010 rd. 60 Mio €, eine Verachtfachung in drei Jahrzehnten. Es werde eine Riesenleistung seitens des Landkreises und der Kommunen erbracht. Er denkt, man müsse aufpassen, dass sich die Spirale nicht automatisch in Höhen bewegt, wo die Gemeinden tatsächlich nicht mehr leistungsfähig seien. Wenn die Gemeinden 50 % der Steuerkraft abgeben müssen, sei das noch ein Ausgleich. Sollte sich das ändern, sei von kommunaler Selbstverwaltung nicht mehr zu sprechen. Deshalb sollte abgewägt werden, was sei einmalig, was sei eine dauernde Belastung und was könne wirklich noch geleistet werden.

Der Vorsitzende merkt an, die Verachtfachung der Kreisumlage bedeutet automatisch auch eine Verachtfachung dessen, was an Umlagekraft erwirtschaftet wird. Kreisrat Wiesmaier habe mit der Feststellung schon Recht, was damit von allen Beteiligten geleistet wird und wie sich die Summen nach oben entwickelt haben. Es weist auf die Entwicklung hin, früher habe sich der Landkreis Erding in Oberbayern im unteren Drittel bewegt, in der Zwischenzeit sei er ins Mittelfeld aufgerückt.

Kreisrat Hofstetter stimmt der Aussage von Kreisrat Wiesmaier zu. Die Holzlandgemeinden Taufkirchen, Dorfen, Sankt Wolfgang seien darauf angewiesen, ihre Investitionen mit Kredite zu finanzieren. Er plädiert dafür, die Kreisumlage höchstens bei 54 %-Punkte festzusetzen, wünschenswert wäre eine noch weitere Senkung.

Herr Helfer merkt zum Haushaltsentwurf an, Seite 1 des Haushaltsentwurfs, Unterabschnitt 3603 „Naturschutz und Landschaftspflege“ haben sich keine wesentlichen Änderungen ergeben.

Seite 7, Unterabschnitt 3651, „Denkmalschutz, ...“ sei unter HH-Stelle 5010 „Unterhalt eigener Gebäude, Herderhaus“ für die notwendige Dach-

sanierung des Herderhauses ein HH-Ansatz von 28.600 € eingeplant worden.



Der Vorsitzende ergänzt, die Neueindeckung des Reetdaches sei dringend notwendig, um die Substanz nicht zu gefährden.

LANDKREIS
ERDING

Herr Helfer erklärt weiter zu Seite 9, Unterabschnitt 6101, „Orts- und Regionalplanung“ unter HH-Stelle 4140 „Entgelte für tariflich Beschäftigte“ verringere sich der HH-Ansatz aufgrund der Umorganisation im Landratsamt.

Büro des Landrats
BL

Seite 11, Unterabschnitt 6588 „Straßenmeisterei Taufkirchen“ sei bei HH-Stelle 4140 „Entgelte für tariflich Beschäftigte“ die Lohnerhöhung von 0,81 % bei den tariflich Beschäftigten eingeplant worden, die aufgrund des TVöD schon im letzten Jahr beschlossen worden sei. Bei den Beamten seien die ursprünglich kalkulierten 2 % Lohnerhöhung eingearbeitet worden.

Bei HH-Stelle 5135 „Winterdienst“ sei der HH-Ansatz mit 180.000 € wie im Vorjahr gleich angesetzt worden. Im laufenden Jahr sei viel Streusalz eingekauft worden. Bei einem ähnlich langen Winter werde der eingeplante Betrag notwendig sein.

Kreisrätin Seeger fragt zu Seite 9, HH-Stelle 4140 „Entgelte für tariflich Beschäftigte“, warum sich der HH-Ansatz von 153.300 € auf 39.800 € reduziert habe.

Herr Helfer sagt, die Entgelte seien in andere Positionen übertragen worden.

Der Vorsitzende ergänzt, die Personalkosten werden bei den Beamten identisch wie 2010 sein. Bei der Zahl der Beschäftigten werde es eine Erhöhung von 266 auf 269 geben, bedingt durch die Umorganisation im Jugendamt und die Verstärkung im Bereich Soziale Dienste.

Der Vorsitzende berichtet, im Bereich Jugendamt habe der Landkreis einige stationäre Fälle durch Zuzug bekommen. Wenn es z.B. acht Fälle mehr werden, bedeutet dies 320.000 € Mehrkosten.

Kreisrätin Bendl fragt, wie sich das geplante Jobcenter auf die Personalsituation auswirken wird.

Der Vorsitzende antwortet, beim Personal werde sich momentan nichts ändern. Aufgrund der allgemein anziehenden Konjunktur seien derzeit weniger Fälle zu bearbeiten.

Kreisrätin Dieckmann fragt zu Seite 4, HH-Stelle 4090 „Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit“, warum sich eine Reduzierung von 12.800 € auf 9.500 € ergibt.

Herr Helfer sagt, 2011 werden neue Naturschutzwächter beauftragt. Der Ansatz sei aufgrund der Auszahlung 2009 angepasst worden.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Weiter verweist er auf Seite 13, Unterabschnitt 6588 „Kreisstraße...“ auf die ausgeteilte Tischvorlage mit der Anforderung des Staatlichen Bauamtes Freising für 2011. Für die Straßenmeisterei Taufkirchen sei die Anschaffung eines Lkw, Fendt Xylon mit Kosten von rd. 230.000 € notwendig. In einem gemeinsamen Gespräch sei festgestellt worden, dass die Anschaffung um ein Jahr geschoben werden könne. Unter HH-Stelle 9352 „Arbeitsgeräte...“ sei ein Pauschalansatz mit 5.000 € eingeplant worden.

Der Vorsitzende spricht sich dafür aus, die Anschaffung um ein Jahr zu schieben.

Kreisrat Peis merkt an, in seiner Gemeinde sei ein 20 Jahre altes Fahrzeug in Betrieb. Er denkt, eine Neubeschaffung nach 8 – 10 Jahren sei sehr kurz.

Der Vorsitzende weist darauf hin, das Fahrzeug habe bereits 10.000 Einsatzstunden. Es werden häufiger Reparaturen anfallen.

Kreisrat Els fragt, ob es ein Konzept gibt, wann mit dem Austausch von großen Fahrzeugen zu rechnen sei.

Der Vorsitzende erklärt, bei der Anschaffung von großen Fahrzeugen werde mit einer Lebensdauer von 10 bis 15 Jahren gerechnet. In beiden Straßenmeistereien seien in den letzten Jahren ein paar Geräte angeschafft worden. Die Anschaffungen werden gemeinsam mit dem Staatlichen Bauamt Freising und den Straßenmeistereien abgestimmt. Er berichtet, es sei von Vorteil, dass an den beiden Straßenmeistereien nicht nur die Bundes- und Staatsstraßen, sondern auch die Kreisstraßen mit betreut werden. In den meisten Landkreisen sei das nicht so. Der Landkreis Erding habe 257 km Kreisstraßen und 55 km Geh- und Radwege. Dementsprechend sei die Aufteilung an Personen und Geräten. Das Staatliche Bauamt Freising legt fest, was an Geräten erforderlich sei. Der Pool werde entsprechend eingesetzt. Dieses Konzept habe sich bisher bewährt.

Kreisrat Wiesmaier fragt, ob den Ausgaben auch Einnahmen gegenüber stehen.

Der Vorsitzende sagt, alte Fahrzeuge werden an den Meistbietenden verkauft. Die alten Fahrzeuge bringen aber keine großen Einnahmen.

Kreisrat Wiesmaier fragt, ob bei künftigen Anschaffungen auch Leasing möglich wäre, um feste Beträge und immer ein relativ neues Fahrzeug zu haben.

Der Vorsitzende sagt, es sei schon einmal geprüft worden, ob ein Leasingangebot besser wäre. Jedoch sei man bei den Spezialfahrzeugen an bestimmte Hersteller gebunden, weil die Fahrzeuge entsprechend leistungsfähig sein müssen. Zudem dürfe das staatliche Personal die Arbeiten nur mit vom Staatlichen Bauamt geprüften und freigegebenen Fahrzeugen durchführen.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Herr Helfer erklärt weiter zu Seite 14, HH-Stelle 5135 „Winterdienst“, der Kostenansatz sei wie 2010 150.000 €. Bis Freitag seien 125.000 € ausgegeben worden, es seien noch 6 Wochen bis Jahresende einzuplanen.

Auf Seite 16, HH-Stelle 9352 „Arbeitsgeräte und Maschinen“ sei der HH-Ansatz von 5.000 € auf 25.000 € erhöht worden. Es sei die Anschaffung eines Handmähgerätes i.H.v. 20.000 € geplant. Die Anschaffung sei dringend notwendig. Das alte Gerät sei 16 Jahre alt (Seite 2 - Schreiben vom Straßenbauamt).

Herr Helfer verweist auf die Übersicht Kreisstraßen, die als Tischvorlage ausgeteilt worden sei.

Bei den versandten Unterlagen sei unter Nr. 4 noch der „Deckenbau Landkreisgrenze mit Ausbau Ortsdurchfahrt Froschbach und Ortsdurchfahrt Burgharting“ aufgeführt. Die Maßnahme sei gestrichen worden.

Der Vorsitzende ergänzt, aufgrund eines Gesprächs mit dem Bürgermeister sei wegen der schwierigen Haushaltslage vereinbart worden, die Maßnahme mit Kosten von rd. 655.000 € ein Jahr zu verschieben. Dies müsse im Gemeinderat noch diskutiert werden. Er habe dem Bürgermeister mitgeteilt, dass er dem Kreistag vorschlagen werde, die Maßnahme dann 2012 einzuplanen, eine Zusicherung aber nicht geben könne.

Herr Helfer sagt, bei den Planungen sei die Maßnahme für 2011 gestrichen worden. Eine weitere Änderung zum Vergleich der Kreisstraßenbefahrung im Mai 2010 sei, dass auch der „Ausbau der Ortsdurchfahrt Wörth“ gestrichen worden sei. Das entsprechende Schreiben der Gemeinde sei mit verteilt worden.

Der Vorsitzende sagt, der Bürgermeister habe um Streichung gebeten, weil die Ortsdurchfahrt Wörth, Hörlkofener Straße neu überplant werden soll. Es habe sich ein Arbeitskreis gebildet, der noch verschiedene Ausbauvarianten abklären möchte. Der Bürgermeister empfiehlt, die Maßnahme im Haushaltsjahr 2013 einzuplanen. Dem Bürgermeister habe er mitgeteilt, dass er den Wunsch so dem Kreistag vorschlagen werde, eine Zusicherung aber nicht geben könne.

Kreisrätin Dieckmann berichtet, es sei ein Beschluss des Gemeinderats gefasst worden, dass bis 2012 die Maßnahme geplant werden soll. Es wäre wünschenswert, wenn 2013/2014 Baubeginn wäre.

Kreisrat Wiesmaier erinnert an die Kreisstraßenbefahrung, wo die Mängel der Kreisstraßen besichtigt werden konnten. Es seien Festlegungen getroffen worden. In Punkt 8, 9 und 10, ED 13, sei die Sanierung der Brücke über die Vils bei Moosen, Ersatzneubau Brücke über Vilsflut bei Moosen, Ausbau Hampersdorf-Moos, 3. BA Moosen/Vils – Moos geplant. Er fragt, inwieweit aufgrund der angespannten Haushaltslage die Gesamtmaßnahme 2011 verwirklicht und ob der Punkt 10 mit 395.600 € auf 2012 geschoben werden könnte. Er schlägt vor, zunächst die Brücken zu sanieren und die Haushaltsposition für den Straßenausbau zu streichen. Die Straße sei zwar schlecht, kann aber nicht mehr viel schlechter werden.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende schlägt vor, den Vorschlag mit dem Staatlichen Bauamt Freising abzuklären.

Herr Helfer berichtet, es gebe neue Regelungen beim Zuschussverfahren. Nach Auskunft des Staatlichen Bauamts Freising werde es für diese Maßnahme keinen Zuschuss geben. Zum jetzigen Zeitpunkt könne das aber noch nicht genau gesagt werden.

Kreisrätin Bendl merkt an, ihr sei aufgefallen, dass die Zahlen auf Seite 18 und Seite 21 zur ED 13 nicht übereinstimmen.

Herr Helfer erklärt, die Zahlen werden seitens des Staatlichen Bauamtes Freising immer aktualisiert. In dem aktuellen Fall sei leider die Mehrwertsteuer nicht eingeplant worden.

Kreisrätin Seeger fragt, warum für die Maßnahme ED 11 auf Seite 18, Nr. 6, 349.400 € und auf Seite 21 Nr. 5, 570.000 € eingeplant worden ist.

Herr Helfer erklärt, auf Seite 21 seien die Nummern 6 und 7 (570.000 €) von Seite 18 zusammengefasst worden. Das Staatl. Bauamt Freising habe gebeten, die Maßnahmen ED 13 und ED 2 zusammenzufassen und dafür einen Zuwendungsantrag bei der Reg. v. Obb zu stellen.

Kreisrat Wiesmaier sagt, Nr. 6 und Nr. 7 sei einleuchtend. Aber bei den Nr. 8, 9 und 10, wenn das als eine Maßnahme zusammengefasst werden soll, sollte vorgelegt werden, welche Mehrkosten zu erwarten sind.

Der Vorsitzende ergänzt, die Mehrkosten und auch, ob die Maßnahme in einem Jahr darstellbar sei, sollte dem Kreisausschuss vorgelegt werden. Das Staatl. Bauamt Freising sollte auch den zeitlichen Ablauf mitteilen.

Kreisrat Grundner stellt fest, die Maßnahmen unter Nr. 8, 9 und 10 ergeben rd. 735.000 € und in der Tischvorlage stehen 895.000 €. Er fragt, wo sich eine Kostenmehrung ergibt.

Herr Helfer sagt, die Kostenmehrung könne er nicht erläutern. Die Zahlen werden vom Staatl. Bauamt Freising aufgrund der Kostenfortschreibung während des laufenden Jahres mitgeteilt. Er werde nachfragen und die Auskunft im Kreisausschuss geben.

Er weist darauf hin, dass die Mehrwertsteuer im ursprünglichen Entwurf nicht verrechnet worden sei.

Herr Helfer verweist in der Tischvorlage auf die Nr. 21 „Geh- und Radweg Hofstarring“, HH-Jahr 2013. Die Maßnahme sei in den versandten Unterlagen nicht aufgeführt, weil das Staatl. Bauamt Freising vergessen hatte, sie im Planungsprogramm aufzunehmen.

Kreisrat Els fragt zu Seite 19, Nr. 22, ED 18, Knotenumbau Kreisstraße/B15 zum Kreisverkehr bei Sankt Wolfgang zum Ansatz 2013 mit 1.235.000 € und 2014 nochmals 860.000 € Restfinanzierung, nach dem Stand der Planung und warum ein Bedarf für einen Kreisverkehr sei.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende berichtet, die B 15 liegt im Tal. Die Kreisstraße mündet in einem abschüssigen Gelände in die B 15. Diese Stelle sei schon immer ein Unfallschwerpunkt. Es habe verschiedene Lösungen (mit Einschleifungen, Überführungen, etc.) gegeben, die relativ teuer waren. Mit der jetzt vorgeschlagenen Variante könnte eine preislich günstigere Verbesserung erreicht werden. Die Schwierigkeit sei, dass die erforderlichen Grundstücke bisher nicht im Wege von freiwilligen Grundstücksverhandlungen erworben werden konnten. Es sei ein Planfeststellungsverfahren erforderlich, um auch die Besitzeinweisung durchführen zu können.

Kreisrat Rübensaal denkt, es sei immer so geplant gewesen, dass die Straße Richtung Dorfen in den Hang hinein gebaut werden sollte, um den Höhenunterschied zu vermindern. Wenn er die Planung jetzt so sieht, sei das dann für die Gemeinde Sankt Wolfgang eine Erschließungsstraße mit einer beidseitigen Bebauung. Er fragt, inwieweit der Landkreis aus dem Mehrgewinn der Gemeinde Sankt Wolfgang einen Nutzen haben könnte, wenn die Kreisstraße eine Erschließungsfunktion einer Ortsstraße habe.

Der Vorsitzende sagt, das wäre richtig, wenn die direkte Erschließung des Baugebietes über die Straße erfolgen würde. Es sei aber keine Einmündung zur Erschließung weiterer Flächen geplant.

Kreisrat Rübensaal fragt, ob es möglich sei, für den Fall einer Erschließung eine Klausel einzubauen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, an der Kreisstraße erfolgt jetzt schon eine Erschließung. Die bisherige Straße werde weiter bestehen bleiben und müsse anders angebunden werden. Durch die Verlagerung der Kreisstraße müsse die Erschließung wieder gewährleistet werden. Die Grundstücke befinden sich im Privatbesitz. Er betont, wenn der Bund die Kreuzung nicht mitfinanzieren würde, könnte sich der Landkreis die Maßnahme nur schwer leisten. Ein Planungsgewinn könne demnach nicht abgeschöpft werden.

Kreisrat Els fragt nach dem Zuschuss des Bundes.

Herr Helfer verweist auf Seite 37, ED 18, auf die einzeln aufgeführten, vorab geschätzten Kosten. Im Laufe der Planung werden sich die tatsächlich zu erwartenden Kosten herauskristallisieren. Es seien aber nur die für den Landkreis anfallenden Kosten aufgeführt.

Kreisrat Rübensaal denkt, nachdem ein Planfeststellungsverfahren eingeleitet wird, ob 2013/2014 mit dem Umsetzung schon gerechnet werden könne, denn voraussichtlich dauert ein Planfeststellungsverfahren sehr lange.

Der Vorsitzende antwortet, in Abstimmung mit Herrn Weywadel vom Staatl. Bauamt Freising sei die Planung so vereinbart worden. Bis auf ein oder zwei Grundstücke seien die Verhandlungen bereits durchgeführt.

Kreisrätin Dieckmann denkt, es wäre besser, wenn der Ausbau der Ortsdurchfahrt Wörth im Investitionsprogramm 2013/2014 aufgenommen würde.



Der Vorsitzende sagt, es sei schwierig festzulegen, in welchem Jahr die Maßnahme eingeplant werden solle. Er plädiert dafür, sie als Erinnerungsposten im Planungsprogramm aufzunehmen, bis die konkrete Planung erfolgt.

Damit zeigt sich **Kreisrätin Dieckmann** einverstanden.

Herr Helfer merkt weiter an, auf Seite 23, HH-St. 9320 sei ein HH-Ansatz von 95.000 € eingestellt worden. Es sei für 01.05.2011 eine Abstufung eines Teilstücks der Sigwolfstraße in Erding geplant sei. Jedoch müssen zur Sanierung der vorhandenen Schlaglöcher noch 75.000 € eingeplant werden, um die Straße einwandfrei an die Stadt Erding übergeben zu können.

Auf Seite 24 seien die Maßnahmen 2 und 3, ED 2, des Planungsprogramms aufgeführt.

Auf Seite 25 sei bei den versandten Unterlagen unter HH-St. 9502 noch der „Ausbau OD Froschbach und Burgharting“ mit 655.000 € aufgeführt. Dazu sei ein Austauschblatt als Tischvorlage ausgeteilt worden. Die Maßnahme sei auf 2012 verschoben worden.

Auf Seite 30 sei unter HH-St. 9820 die Rückzahlung der Vorfinanzierung an die Gemeinde Oberding mit 285.480 € aufgeführt. Der „Deckenbau Oberding-Niederding“ sei von der Gemeinde vorfinanziert worden. 2011 sei die Rückzahlung geplant.

Auf Seite 31 sei unter HH-St. 9502 der „Ausbau von der Landkreisgrenze bis Finsing mit Neubau Geh- und Radweg“ mit 570.000 € eingeplant.

Zu Seite 32, HH-St. 3619, „Rückzahlung Vorfinanzierung, Freistaat Bayern“, erklärt Herr Helfer, 2011 sei die Rückzahlung der Vorfinanzierung des Zuschusses zum „Kreuzungsumbau in Isen“ vom Freistaat Bayern mit 230.000 € eingestellt. Der Betrag sei 2010 außerplanmäßig bezahlt worden, weil der Freistaat Bayern keine Mittel mehr zur Verfügung hatte. Herr Brand habe erst kürzlich zugesichert, dass Anfang Januar der Anteil überwiesen wird.

Kreisrat Rübensaal fragt, ob der Landkreis einen Zinsanteil bekommen wird.

Herr Helfer antwortet, der Auszahlungsbetrag sei festgeschrieben.

Seite 34, HH-St. 9504, „3. BA Moosen Vils – Moos mit zwei Brückenbaumaßnahmen“ sei ein HH-Ansatz mit 895.000 € eingeplant worden. Er werde mit dem Staatl. Bauamt Freising sprechen, ob eine Aufteilung möglich sei.

Kreisrat Wiesmaier betont, diese Maßnahme sollte, wenn nicht zwingende Gründe entgegenstehen, gestrichen werden.

Der Vorsitzende erklärt, er werde die Maßnahme nochmals im Kreisausschuss zur Beratung vorlegen.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Herr Helfer erklärt weiter zu Seite 49, Einzelplan 7, Unterabschnitt 7200, „Abfallbeseitigung, Öffentliche Einrichtung“, die einzelnen Defizite werden über die Müllgebühren und über Rücklagenentnahmen abgeglichen. Für 2011 seien verschiedene Rücklagenentnahmen eingebaut. Seite 51, unter HH-St. 2830 „Zuführung vom Vermögenshaushalt aus Sonderrücklagen zum Ausgleich von Gebührenschwankungen“ seien 562.280 € zum Ausgleich des Unterabschnittes enthalten.

Die Rücklage für die Gebührenschwankungen sollen in den nächsten drei Jahren aufgebraucht werden. Näheres sei bei den bereits erfolgten Sitzungen erläutert worden.

Kreisrätin Bendl fragt zu Seite 64, HH-St. 6364 „Kanalreinigung durch Privatunternehmen, Altpapier“, HH-Ansatz 701.000 €, warum unter der HH-Stelle Altpapier steht.

Herr Helfer erklärt, die Beschriftung der HH-Stellen werde von der AKDB so vorgegeben. Mangels einer Alternative müsse diese HH-Stelle verwendet werden. Es handelt sich um Altpapier. „Kanalreinigung durch Privatunternehmen“ müsste gestrichen werden. Das sei aber nicht möglich.

Seite 70, HH-Stelle 6551 seien die Sachverständigenkosten für die ehemalige Deponie Köglreit mit 10.000 € eingestellt.

Seite 71 und 72 seien die jeweiligen Rücklagenentnahmen aufgelistet. Die Zinsen werden jährlich den Rücklagen zugeführt.

Seite 73, Unterabschnitt 7251 sei die Tierkörperbeseitigung aufgeführt. Der Landkreis Erding sei Mitglied im Zweckverband mit sieben weiteren Landkreisen. Die Umlage in HH-St. 7130 beträgt 130.986 €

Seite 76, Wirtschaftsförderung, seien unter HH-Stelle 6740 20.000 € für eine Stelle in der Therme eingeplant worden. Die Kosten teilen sich die Stadt Erding und der Landkreis.

Kreisrätin Dieckmann möchte zu HH-St. 6780 „Erstattungen an die übrigen Bereiche, Regionalmarketing, Anteil ARGE“, 80.000 €, Näheres wissen.

Der Vorsitzende erklärt, dies sei der Anteil bei der Arbeitsgemeinschaft Airfolgsregion. Ursprünglich seien 40.000 € eingeplant gewesen. Es sei der Beschluss gefasst worden, den Ansatz ab 2011 auf 80.000 € zu erhöhen.

Kreisrat Rübensaal fragt, ob der Bereich DSD schon fertig abgewickelt sei.

Der Vorsitzende erklärt, es sei immer noch ein Teil im Haushalt aufgeführt.

Herr Helfer verweist auf Seite 57. 2011 sei eine Neuaufteilung erfolgt. Bisher seien von den anfallenden Kosten 27 % auf DSD gefallen. Mit der



Neukalkulation werden nun 18 % der anfallenden Kosten verrechnet. Die Verträge bestehen weiterhin.

Der Vorsitzende ergänzt, eine Auflösung sei nicht möglich, weil DSD die Mitbenutzung der Recyclinghöfe gestattet worden ist. Der Landkreis erhält dafür eine Kostenerstattung.

Herr Helfer merkt noch an, 2009 sei der Beschluss gefasst worden, dass zum Ausgleich des Haushalts aus der Rücklage DSD rd. 573.000 € entnommen worden sind. Derzeit befinden sich rd. 89.000 € in der Rücklage. Es werden erst in den kommenden Jahren wieder Rücklagen aufgebaut. Das sei auch von der Entwicklung DSD abhängig.

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende sagt, derzeit liege die Festsetzung der Kreisumlage bei 55,23 %. Die Maßnahme von Moosen (ED 26) sei noch nicht einkalkuliert.

Zu Seite 76, HH-St. 7130, seien die Ausgaben für den Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München mit 44.000 € eingeplant. Pro Einwohner zahlt der Landkreis 0,36 €.

Seite 78, Unterabschnitt 7911, HH-St. 7160 sei die Finanzkalkulation des MVV veranschlagt. Der Ansatz sei von 2.801.000 € auf 2.518.300 € verringert worden. In den letzten Jahren haben immer üppige Einnahmen anhand der Jahresrechnungen erzielt werden können. Für das Abrechnungsjahr 2008 habe der Landkreis zum ersten Mal seit Jahren eine Nachzahlung von rd. 23.000 € leisten müssen.

Zu Seite 79, Unterabschnitt 7911 "Personennahverkehr" merkt Herr Helfer an, unter HH-St. 9860 sei der Investitionszuschuss in Höhe von 18.000 € an den MVV eingeplant.

Seite 80, Unterabschnitt 7912 „Verwaltung Regionalmarketing“ seien sämtliche Haushaltsstellen auf „0“ gesetzt. Die Geschäftstelle sei an den Landkreis Freising abgegeben worden.

Seite 83, Unterabschnitt 7913, Fachbereichsleitung 11, sei erstmals aufgrund der Organisationsänderung extra aufgeführt worden.

Kreisrat Wiesmaier fragt zu Seite 18, Nr. 2, ED 02 „Brücke über die Strogen“ nach dem Stand der Planungen.

Herr Helfer antwortet, für alle aufgeführten Maßnahmen seien die Zuschussanträge gestellt worden. Das Staatl. Bauamt Freising wird dann, wenn der Beschluss im Kreistag gefasst worden ist, die Maßnahmen aus-schreiben.

Kreisrat Wiesmaier sagt, die Brücken seien sanierungsbedürftig. Es sollte geprüft werden, ob die Brücken verkehrsgefährdend seien. Wenn die Straße gebaut wird, sollte verkehrsbegleitend auch der Radweg gebaut werden.

Der Vorsitzende merkt an, der Radweg sei schon mehrere Jahre geplant. Der Grunderwerb sei getätigt. Er plädiert dafür, die Maßnahme auch um-



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

zusetzen. Das Staatl. Bauamt Freising sollte dazu noch eine Erklärung geben, inwieweit eine Gefährdung vorliegt und die Dringlichkeit beschreiben. Er denkt, bei Maßnahmen, die gefördert werden, sollte bei einer Verschiebung darauf geachtet werden, nicht den Zuschuss zu verlieren.

Herr Helfer berichtet, nach Aussage des Staatl. Bauamtes Freising seien Maßnahmen in anderen Landkreisen, die grundsätzlich zuschussfähig gewesen wären, von der Bezuschussung herausgefallen, weil sie von der Priorität gering eingestuft worden sind. Künftig müssen die Anträge gestellt werden und irgendwann erfährt die Verwaltung, welche Maßnahmen letztendlich bezuschusst werden und welche nicht. Bei den für nächstes Jahr angemeldeten Maßnahmen werde angenommen, dass sie zum großen Teil bezuschusst werden.

Kreisrätin Dieckmann denkt, wenn viele Maßnahmen verschoben würden, werden die im kommenden Haushaltsjahr anfallen.

Der Vorsitzende fasst zusammen, das Staatl. Bauamt Freising solle zur Maßnahme in Moosen und zur Brücke in Wartenberg Stellung nehmen.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht. Der Vorsitzende bringt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

StrVU/0056-14

Dem Kreisausschuss und Kreistag wird empfohlen, die Bereiche Regionalmanagement, Wirtschaftsförderung, Verkehr (Kreisstraßen), ÖPNV, Landschaftspflege und Entsorgungswirtschaft (Abfallbeseitigung) des Haushaltes 2011 unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen zu verabschieden.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen.**
(ohne KR Grundner)

4. Liegenschaften des Landkreises **Antrag von KR Jobst: Landkreis Erding als 100 % EE-Region** **Vorlage: 2010/0779**

Der Vorsitzende erinnert, ein nahezu identischer Antrag sei bereits 2007 gestellt worden. Im Vorlagebericht seien die Maßnahmen dargestellt worden, die in den letzten Jahren bereits umgesetzt worden sind.

Damals sei die Überlegung gewesen, vorab für die Beratung und Sensibilisierung der Bürger einen Mitarbeiter im Landratsamt, einen sog. Energieberater einzustellen.

Im Weiteren sei beim Förderzentrum Jülich die Förderung der Einrichtung des Energiemanagements für die Landkreisliegenschaften beantragt worden. Dies habe sich jedoch nicht realisieren lassen, weshalb nun ein Zuschussantrag aus einem Bayerischen Förderprogramm gestellt worden sei. Es müsse abgewartet werden, ob der Zuschussantrag genehmigt wird.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Auf Landkreisebene wollte man mit einer Bestandsaufnahme eine Grundlage für die Gemeinden schaffen, als Hilfestellung bei bauleitplanerischen Entscheidungen. Die Anfragen auf Förderung, ebenfalls beim Förderzentrum Jülich, seien auch hier negativ gewesen.

Der Landkreis hätte zwar anstelle der Gemeinden handeln können, die Gemeinden hätten dann aber für eigene Energienutzungspläne und Konzepte keine Zuschüsse mehr bekommen können. Deswegen sei die überwiegende Mehrheit der Bürgermeister der Meinung gewesen, die Aufgabe sollte nicht dem Landkreis übertragen werden.

Der Landkreis befindet sich nun wieder am Ausgangspunkt. Er möchte den Energienutzungsplan erstellen, allerdings müsste der Landkreis die Kosten übernehmen. Es gibt keine Sponsoren. Im Hause werde er Herrn Lantpert Graßl, der auch für die Betreuung des Neubaus FOS/BOS zuständig sei, die Zuständigkeit für die Erarbeitung eines Energieatlas übertragen. In den nächsten Tagen wird er an die Bürgermeister mit der Bitte herantreten, Daten zur Verfügung zu stellen. Der Vorsitzende schlägt vor, abzuwarten, bis die von Prof. Hausladen erarbeitete Matrix vorliegt. Der Landkreis wartet aber schon über ein Jahr darauf, diese Matrix zu bekommen. Unabhängig davon werde versucht, den Energieatlas gemeinsam mit den Bürgermeistern zu erarbeiten. Wenn dazu noch die Matrix kommen sollte, wäre ein Vergleich mit anderen Landkreisen gewährleistet.

Der Antrag von Kreisrat Jobst, den er nochmals präzisiert hat, beschränkt sich auf einen Appell.

Er schreibt: „... Gerade die von einigen Gemeinden initiierten Klima- und Energiestrategien verlangen geradezu nach einer Struktur, einem Geländer, einem gemeinsamen Ziel. Nicht jede Gemeinde hat die personelle und finanzielle Ausstattung, um leisten zu können, was bevorteilte Vorreiter in eigener Regie bereits vorbildlich angestoßen haben.“

Der Vorsitzende denkt, es sollte mehr in die Praxis umgesetzt werden, beginnend von der Geothermie bis zum mustergültigen Neubau FOS/BOS. Auch die Integrierte Leitstelle sei als Passivhaus mit eigenem Förderbrunnen für die Kühlung, etc. errichtet worden. Das Krankenhaus Erding sei im Ranking in der Bundesrepublik Deutschland bezüglich der Energieversorgung an der Spitze. Das Thema sei jedoch eine permanente Aufgabe. Er sei nicht gegen einen Appell. Eine Selbstverpflichtung, wonach die Energieversorgung im Landkreis zwischen 2030 und 2050 zu 100 % aus erneuerbaren Energien sichergestellt sein soll, halte er jedoch nicht für redlich, weil der Landkreis infolge fehlender Kompetenzen dies nicht selber steuern kann. Es stellt sich ohnehin die Frage, ob 100 % richtig seien. Gesetzt den Fall, es wäre Potential für mehr Energieleistung vorhanden, wäre es verkehrt, genau 100 % festzuschreiben. Wo es Sinn macht, sollten erneuerbare Energien genutzt werden.

Er verweist auf den versandten Vorlagebericht: „Am 27.10.2008 beantragte die CSU die Erarbeitung eines Energiekonzepts und stellte in ihrer Antragsbegründung die konkrete Forderung, dass fossile Energie so weit wie möglich durch regenerative Energie zu ersetzen sei.....“.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Kreisrätin Dieckmann bedankt sich für die Information und dass ein Energieatlas erstellt wird. Sie spricht sich dafür aus. Sie denkt, der Antrag von Kreisrat Jobst sei eine Vision, ein Ziel. Es steht nichts dagegen, dass über 100 % erreicht werden können. Sie unterstützt den Antrag.

Der Vorsitzende tendiert mehr dazu, die Anstrengungen des Landkreises so zu lenken, um das zu erreichen und nicht konkret eine Jahreszahl festzulegen.

Kreisrat Els denkt, der Antrag von Kreisrat Jobst sei ehrenwert. Er müsse aber auch kommunalrechtlich umsetzbar sein. Appelle bringen nichts. Der Landkreis habe das Thema bereits projektbezogen umgesetzt. Was Kreisrat Jobst möchte, sei in Ordnung. Heute sei aber kein Beschluss notwendig. Es sei auch nicht notwendig, den Appell ständig zu wiederholen. Viel wichtiger sei, die Idee umzusetzen. Vom Landkreis sei der richtige Weg eingeschlagen worden.

Kreisrat Wiesmaier berichtet von der Landesversammlung des Bayer. Gemeindetags. Thema Nummer 1 sei gewesen, die Energiesituation zu verbessern.

Er denkt, wichtig sei dabei das Kosten- Nutzenverhältnis. Der Bayer. Energieatlas werde die Gemeinden weiterbringen. Er denkt, mit dem Vorgehen des Landkreises sei das ein guter Weg. Die Bundesregierung spricht von einer Halbierung des Primärenergiebedarfs bis 2050. Er habe aber momentan den Eindruck, es gebe einen Wettbewerb um die meisten Biogasanlagen, Photovoltaikanlagen und Erzeugungsstandorte. Er denkt, das sei ein Punkt, aber nicht der entscheidende. Letztendlich sei die Energieeffizienz entscheidend. Der Landkreis sei deshalb mit dem Vorhaben sehr gut aufgestellt.

Die Gemeinden haben die Forderung aufgestellt, dass ein fester Anteil der Zugewinne der Atomkraftbetreiber von der beschlossenen Laufzeitverlängerung von 2011 bis 2016 (die Rede sei von 2,5 Milliarden Euro), in die kommunalen Liegenschaften gehen müsse, dass die Gemeinden Planungssicherheit haben müssen und so ähnlich wie beim Wasser und Abwasser einen Förderanteil bekommen, wenn Wärmenetze gebaut, Strukturen aufgebaut werden, etc., die so in finanzschwachen Gemeinden nicht vollzogen werden können. Die Gemeinden seien derzeit für dieses System nicht ausgerüstet und werden nicht gefördert. Die Gemeinden versuchen sich hier gut aufzustellen. Aber es müsse die Energieeffizienz den gleichen Faktor haben wie die Energieerzeugung.

Kreisrat Peis zeigt sich froh darüber, dass die Kollegen das Thema so realistisch sehen. Es sei keine Frage, dass die regenerativen Energien weiterhin erforscht und ausgebaut werden müssen. Er denkt, es können alle möglichen Ziele formuliert werden, sie müssen aber auch realistisch und umsetzbar sein. Diese Umsetzung hänge aber nicht von den Kreistagsgremien, sondern in erster Linie von Unternehmen, Investoren und vor allem von jedem Landkreisbürger ab. Es müssen die Rahmenbedingungen für die Entscheidungen des Bürgers erkennbar sein. Die Bürger werden die Entscheidungen hinsichtlich der Energienutzung immer auch von den wirtschaftlichen Ergebnissen abhängig machen.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Es gibt eine Aussage des Sachverständigenrats der Bundesregierung für Umweltfragen, dass eine Kombination aus zusätzlicher und gespeicherter Energie, die Wind, Sonne und Biomasse liefern, in Verbindung mit neuen und intelligent verschalteten Netzen die Versorgung gewährleisten können, in einem Zeitraum von 50 Jahren. Der letzte Satz weist genau auf noch viele Unwägbarkeiten hin.

Der Landkreis könne deshalb nicht bestimmen, was in 20, 30 oder 40 Jahren sein wird. Er stimmt dem Vorsitzenden zu, dass eine Festlegung einer Jahreszahl nicht sinnvoll sei. Auch müsse der Landkreis Erding die Gemeinden in die Datenerfassung mit einbinden.

Es sei richtig, einen Energieatlas zu erstellen, der sämtliche Energiequellen erfasst, die im Landkreis vorhanden sind. Dazu werden die Kommunen gebeten, bei der Bestandserfassung mitzuarbeiten.

Kreisrat Hofstetter merkt an, das Bayer. Umweltministerium feiert in diesem Jahr sein 40jähriges Bestehen. In der Zeit seien viele Impulse entstanden. Er habe aber momentan das Gefühl, einer möchte den anderen übertreffen. Er denkt, was bisher der Landkreis gemacht habe, sei ein guter Weg.

Kreisrätin Bendl merkt an, in den Unterlagen steht, dass Herr Graßl eine Fortbildung dazu gemacht habe. Es wäre interessant, wenn darüber berichtet würde.

Sie verweist darauf, dass es nicht unbedingt eine Modeerscheinung sei, oft genug zu sagen, dass vor allem der Energieverbrauch gedrosselt werden muss. Die Situation wird in Zukunft prekär werden, wenn nichts passiert. Das könnte durchaus nochmals mit einem Appell verdeutlicht werden, auch wenn das schon einmal beschlossen worden sei. Die Kreistagsfraktion der ödp habe in der Klausur auch den Energieatlas beschlossen. Im vorliegenden Antrag sei zwar sehr viel enthalten, was seitens des Landkreises nicht umsetzbar sei. Sie denkt aber, ein Energieatlas könne aufzeigen, wo was zu tun sei. Insofern hätte sie kein Problem damit, in einem Appell die Haltung des Landkreises zu wiederholen und in Erinnerung zu bringen.

Der Vorsitzende erinnert, Kreisrätin Bendl habe damals sogar konkrete Vorschläge gemacht und die Förderung über das Förderzentrum Jülich angeregt. Das sei aber nicht möglich gewesen. Im damaligen Antrag waren auch noch höhere Forderungen enthalten, die nicht im Beschluss festgehalten worden sind. Er erinnert, bis heute liege die Matrix von Prof. Hauslagen noch nicht vor. Er denkt, der Landkreis sollte sich nicht nur auf erneuerbare Energien beschränken, sondern sollte auch die Energieeffizienz, die Energieeinsparung und auch die Energienetze berücksichtigen.

Kreisrat Wiesmaier ergänzt, wenn es heißt, 100 % erneuerbare Energie, hört er auch, dass mittlerweile eine Energieüberproduktion stattfindet, die nicht dazu beiträgt, dass die Kulturlandschaft attraktiver, der Verkehr und sonstige Dinge weniger werden, etc. Er sei kein Freund plakativer Aussa-

gen wie „der Landkreis müsse zu 100 % aus erneuerbaren Energienversorgt werden“.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende verliest einen von Kreisrat Peis formulierten Beschlussvorschlag: „Die energetische Versorgung des Landkreises mit erneuerbaren Energien ist anzustreben. Dies soll erreicht werden durch Erstellung eines Energieatlas, die Energieberatung, die Verminderung des Energieverbrauchs und durch effiziente Energieerzeugung und Nutzung.“

Kreisrätin Seeger denkt, dass erneuerbare Energien keine Modeerscheinung, sondern die Energieform der Zukunft sein werden. Wenn sich der Ausschuss dazu bekennt, sei das für die Bürger eine tolle Sache. Eine Bekundung nach außen habe Wirkung. Sie werde dem Appell zustimmen.

Der Vorsitzende stellt fest, die Formulierung, der Landkreis möge z.B. 2030 – 2050 eine 100 % Erneuerbare Energien-Region werden, werde so nicht gewünscht. Kreisrat Peis schlägt vor, generell die energetische Versorgung des Landkreises mit erneuerbaren Energien anzustreben. Dies soll erreicht werden durch die Energieberatung, die Erstellung eines Energieatlas und durch die Verminderung des Energieverbrauchs und durch effiziente Energieerzeugung.

Kreisrat Oberhofer merkt an, er stimme der Aussage von Kreisrat Peis zu. Es sollte auch der Konsens sein, wo es notwendig und möglich ist und wo es Sinn macht, erneuerbare Energien effektiv zu nutzen. Der Landkreis sollte nicht den Fehler machen aus einer politischen Korrektheit mit aller Gewalt Superlativen zu überbieten.

Das Blankoschreiben von Kreisrat Jobst würde bedeuten, alles mit 100 % Biogasanlagen zu machen. Was das bedeuten würde, wissen alle. Die Bürger wissen sehr wohl, dass das Thema ernst zu nehmen sei und sie nehmen es ernst. Der Landkreis sollte nicht als großer „Appellator“ auftreten, der den Bürgern etwas vorschreibt. Es sollte vielmehr festgestellt werden, wenn der Weg weiter so verfolgt wird, sei das gut so. Der Landkreis sollte niemanden bevormunden oder Szenarien, die im Moment gerade in die Landschaft passen, unterstützen.

Der Vorsitzende schlägt vor, über den **Antrag von Kreisrat Jobst** abzustimmen, denn der Antrag sei so von ihm gestellt worden und könne nicht abgeändert werden:

„Der Landkreis Erding möge beschließen, mittel- bis langfristig (z.B. 2030 bis 2050) eine 100 % Erneuerbare Energien-Region zu werden.“

Abstimmungsergebnis: **Ablehnung mit 9 : 4 Stimmen.**
(KRin Dieckmann, KRin Seeger, KRin Bendl und KR Rübensaal)

Daraufhin formuliert der Vorsitzende folgenden Beschlussvorschlag:

Appell:

Die energetische Versorgung des Landkreises Erding mit erneuerbaren Energien ist anzustreben.

Dies soll erreicht werden durch Energieberatung und Erstellung eines Energieatlas, die Verminderung des Energieverbrauchs durch effiziente Energieerzeugung.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Kreisrätin Seeger formuliert:

Der Strukturausschuss bekennt sich zu dem Ziel, erneuerbare Energien so weit wie möglich einzusetzen und den Energieverbrauch um ein Drittel zu senken.

Kreisrat Hofstetter sagt, das hätte zur Folge, dass alle Äcker mit Photovoltaikanlagen bebaut werden. Wenn es durch solche Festlegungen das Ziel sei, dass die Güllelastwagen durch die Gegend fahren, sei er nicht damit einverstanden.

Der Vorsitzende formuliert erneut:

Die energetische Versorgung des Landkreises Erding mit erneuerbaren Energien ist anzustreben und weiter zu verfolgen.

Dies soll erreicht werden durch die Energieberatung und Erstellung eines Energieatlas, die Verminderung des Energieverbrauchs durch effiziente Energieerzeugung.

Kreisrätin Bendl wünscht anstatt „effizienter Energieerzeugung“ „effiziente Energieversorgung“.

Der Vorsitzende denkt, z.B. gebe es bei einer Biogasanlage den Stromanteil, der aber nicht die absolute Effizienz sei. Über 50 % sei die Wärmeversorgung und es sollte auch eine effiziente Erzeugung erfolgen.

Der zweite Absatz würde lauten:

Dies soll erreicht werden durch die Energieberatung und Erstellung eines Energieatlas, die Verminderung des Energieverbrauchs durch effiziente Energieerzeugung und Nutzung.

Kreisrat Rübensaal schlägt vor, im ersten Absatz anstatt „anzustreben und weiter zu verfolgen“ „bzw. weiter zu verfolgen“ zu schreiben.

Der Ausschuss für Struktur und Umwelt fasst folgenden Beschluss:

StrVu/0057-14

Die energetische Versorgung des Landkreises mit erneuerbaren Energien ist anzustreben bzw. weiter zu verfolgen.

Dies soll erreicht werden durch die Erstellung eines Energieatlas, durch die Energieberatung und die Verminderung des Energieverbrauchs durch eine effiziente Energieerzeugung und Nutzung.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen.**

5. Bekanntgaben und Anfragen

5.1 Reparaturführer

Der Vorsitzende gibt zur Neuauflage des Reparaturführers bekannt:

„Nach dem Beschluss des Ausschusses für Kultur und Umwelt am 05.05.2003 ist eine Beteiligung am Reparaturführer ab der Ausgabe 2005 vorzusehen.“



Am 02.03.2010 wurde uns vom Abfallwirtschaftsbetrieb (AWB) München per E-Mail mitgeteilt, dass der Reparaturführer im Juli 2010 neu aufgelegt werden soll. Darüber wurden auch in der Folgezeit die Erdinger Betriebe durch entsprechende Presseartikel (u.a. Hallo Erding, Intelligenzblatt) informiert.

Es war beabsichtigt, 1.500 Stück für den Landkreis Erding anzufordern. Kosten ca. 1.000 €.

Anfang November wurde uns bei der Erkundigung des aktuellen Standes um das Erscheinen des Reparaturführers vom AWB München mitgeteilt, dass eine neue Sachbearbeiterin zuständig sei und die Neuauflage des Reparaturführers vorerst nicht in Angriff genommen werde.

Wir werden uns im Frühjahr 2011 diesbezüglich wieder mit dem AWB München in Verbindung setzen.“

Kreisrätin Dieckmann fragt, was ein Reparaturführer sei.

Der Vorsitzende erklärt, der Reparaturführer sei eingeführt worden, um den Bürgern die Möglichkeit zu geben, z.B. Adressen für die Reparatur von Dingen z.B. für einen Schuster, etc. zu finden. Es werden Betriebe aus dem Landkreis Erding mit aufgenommen. Der Landkreis zahlt dafür auch einen Zuschuss.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht.

5.2 Nahverkehrsplan

Vorlage: 2010/0790

Der Vorsitzende informiert zum Nahverkehrsplan:

„Der Ausschuss für Struktur, Verkehr und Umwelt hat im Rahmen der Fortschreibung des Nahverkehrsplanes bisher folgende Entscheidungen getroffen:

- Zustimmung Kenntnisnahme der Strukturanalyse (Kapitel 2 der Fortschreibung)
- Zustimmung Kenntnisnahme der Angebotsanalyse (Kapitel 3 der Fortschreibung)
- Beschluss zur Rahmenkonzeption (Kapitel 4 der Fortschreibung)
- Beschluss zu den Maßnahmenpaketen (Kapitel 5 der Fortschreibung).

Damit sind die wesentlichen Bestandteile der Fortschreibung im Ausschuss behandelt.

Derzeit wird an der redaktionellen (also inhaltlichen – textlichen) Fertigstellung der Fortschreibung gearbeitet.

Danach steht noch die äußere „Kosmetik“, also Formatierung, Grafik, Einbindung von Abbildungen, Grafiken, etc. an und letztlich die Zusammenstellung aller Elemente in Leitzordnern für die Ausschussmitglieder.



Den Ausschussmitgliedern sollen zur abschließenden Verabschiedung der Fortschreibung die fertigen Ordner vorgelegt werden. Dies kann bis zum 22.11.2010 nicht geleistet werden.

Die Präsentation des Nahverkehrsplanes und dessen Verabschiedung sind für die nächste Sitzung des Ausschusses für Struktur, Verkehr und Umwelt vorgesehen.“

Wortmeldungen dazu ergeben sich nicht.

LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

5.3 Busparkplatz Keltenhof

Kreisrätin Dieckmann informiert, es habe inzwischen ein „Runder Tisch“ bezüglich der Bussituation am Keltenhof stattgefunden. Sie möchte nur darauf hinweisen, dass eine weitere Vorgehensweise überlegt werde.

Der Vorsitzende ergänzt, er habe schon ein paar Mal persönlich zum Unterrichtsende die Situation beobachtet. Es sei viel Betrieb am Keltenhof gewesen, trotzdem sei alles relativ diszipliniert abgelaufen. Er zeigt sich froh darüber, dass die Verwaltung Längsbuchten entlang der Bajuwarenstraße geschaffen habe. Auch die Polizei und das zuständige Sachgebiet beobachten die Situation immer wieder vor Ort.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht. **Der Vorsitzende** beendet die Sitzung des Ausschusses für Struktur, Verkehr und Umwelt um 17.35 Uhr.

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer
Landrat

Elfriede Mayer
Verwaltungsangestellte